

1181/AB

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ewald STADLER und Kollegen haben am 19. September 1996 unter der Nummer 1204/J an mich die schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "den Verein 'Freimaurervereinigung des Schottischen Ritus' hinsichtlich gesetz- und statutenwidriger Handlungen" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat :

1 . Wie lautet die Satzung des Vereines "Freimaurer-Vereinigung des Schottischen Ritus" ?

2 . Aus welchen Personen und Ämtern setzt sich der Vorstand des Vereines zusammen?

3 . Sind Sie bereit, für eine baldige und ordnungsgemäße Behandlung des vom einschreitenden ehemaligen SPTM-Abgeordneten am 16 . Februar 1996 eingebrachten Vorbringens an die zuständige Vereinsbehörde auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes 1951 zu sorgen?
Wenn nein, warum nicht?

4 . Werden Sie gegebenenfalls eine Vereinsauflösung ins Auge fassen, sollte das vorgesehene schiedsgerichtliche Verfahren weiter satzungswidrig verweigert werden? - Wenn ja, bis zu

welchem Zeitpunkt werden Sie die Auflösung aussprechen, wenn nein, mit welcher Begründung sehen Sie von einer Auflösung ab?

5 . Werden Sie Nachforschungen dahingehend anstellen, ob der Verein "Freimaurervereinigung des Schottischen Ritus" seinen Vereinszweck durch satzungswidriges Handeln seiner Organe im allgemeinen sowie im besonderen durch die Missachtung seiner Organe, ihrer Informationspflicht gemäß § 13 des Vereinsgesetzes 1951 nachzukommen, über ihre Tätigkeit und finanzielle Gebarung zu berichten, überschritten hat, und werden Sie, wenn dies tatsächlich zutreffen sollte, dessen Auflösung veranlassen?

Wenn ja, werden Sie vom Vollzug dem Nationalrat berichten?

Wenn nein, mit welcher Begründung sehen Sie von einer Vereinsauflösung ab?

6 . Werden Sie den Vermutungen, der genannte Vereinsvorstand unterhalte Verbindungen zu im Geheimen tätigen Sozietäten in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, nachgehen und falls solche Verbindungen und damit zusammenhängende strafbare Handlungen sich tatsächlich als wahr erweisen sollten, dem Nationalrat ausführlich darüber berichten, für eine schonungslose Aufklärung Sorge tragen sowie die Auflösung des Vereines aussprechen? - Wenn nein, warum nicht?

7 . Steht die auffällige Untätigkeit, die Ihre Behörde in dieser Angelegenheit bisher gezeigt hat, in einem Zusammenhang mit einem allfälligen persönlichen Naheverhältnis Ihrer Person zu diesem Verein dessen Umfeld bzw anderen freimaurerischen Systemen und/oder deren Vertreter?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt :

Zu Frage 1 :

Die derzeit in Geltung stehenden Statuten des Vereines "Freimaurervereinigung des Schottischen Ritus " mit dem Sitz in Wien liegen dieser Beantwortung informationshalber bei.

Zu Frage 2 :

Laut letzter, bei der Bundespolizeidirektion Wien aufliegender Anzeige des Vereins vom 9. November 1995 setzt sich der Vorstand aus folgenden - für den Verein vertretungs- bzw zeichnungsbefugten - Personen zusammen:

Vorsitzender: Ing. Peter TMSTERREICHER

Vorsitzender-Stellvertreter: Leopold TRTMTHANN

Schatzmeister: Dr. Erich UNTERER

Schriftführer: Max PIRGFELLNER

Zu den Fragen 3 bis 5 :

Zunächst ist vorzuschicken, daß die Vereinsbehörden im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht gehalten sind, für eine den Statuten und den Gesetzen gemäße Betätigung der Vereine zu sorgen, soweit es sich um die Wahrung öffentlicher Interessen handelt. Jede Beeinflussung und Kontrolle vereinsinterner Angelegenheiten ist den Vereinsbehörden untersagt.

Unter Bedachtnahme auf die durch die verfassungsgesetzlich garantierte Vereinsfreiheit und die Bestimmungen des Vereinsgesetzes gezogenen Grenzen ist die Vereinsbehörde berechtigt und verpflichtet, entsprechende Erhebungen zu pflegen, wenn sie den begründeten Verdacht hegt, daß ein Grund für eine behördliche Vereinsauflösung nach § 24 VereinsG oder ein gerichtlich strafbarer Tatbestand vorliegt, und gegebenenfalls die gebotenen Maßnahmen bis hin zur Auflösung eines Vereins zu ergreifen.

§ 24 VereinsG bringt zum Ausdruck, daß die Behörde nicht in jedem Fall, in dem eine der dort genannten Voraussetzungen zutrifft, den Verein auflösen darf, daß sie aber auch nicht in jedem derartigen Fall den Verein auflösen muß. Das im jeweiligen Fall rechtmäßige Verhalten der Behörde ist vor dem Hintergrund der Vereins-

freiheit zu beurteilen. Eines der wesentlichsten Elemente dieses Grundrechts ist das Recht des Vereines auf seinen Bestand, also darauf, daß die Rechtspersönlichkeit des Vereines nicht gegen den Willen seiner Organe vernichtet wird. Für eine behördliche Vereinsauflösung muß also ein zureichender Grund insbesondere im Sinne des Art 11 Abs 2 EMRK vorhanden sein.

Auf vereinspolizeiliche Repressionsmittel gegen einen Verein bis hin zu seiner behördlichen Auflösung hat niemand einen Rechtsanspruch, sodaß also etwa ein Vereinsmitglied die behördliche Auflösung des Vereines zulässigerweise lediglich anregen, aber nicht beantragen kann.

In § 13 VereinsG ist nun primär eine Informationspflicht des Leitungsorgans gegenüber den Vereinsmitgliedern über die Tätig-

keit und die finanzielle Gebarung des Vereins bzw ein dieser Pflicht korrespondierendes, subjektives, aus dem Vereinsverhältnis entspringendes Recht der Mitglieder auf Information normiert. Diese Ansprüche sind aber letztlich im Zivilrechtsweg geltend zu machen.

Letzteres gilt ganz allgemein für die Geltendmachung subjektiver, aus dem Vereinsverhältnis entspringender Rechte und insofern (mittelbar) auch für das Nichtzusammentreten des statutenmäßig zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnis berufenen Vereinsorgans. Der Oberste Gerichtshof wertet nämlich die vorherige Ausschöpfung des vereinsinternen Rechtszuges (vgl. § 4 Abs 2 lit j VereinsG) als Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Anrufung der Gerichte, wobei aus der neueren Rechtsprechung des OGH der Schluß gezogen werden kann, daß der ordentliche Rechtsweg jedenfalls dann beschritten werden kann, wenn (vergeblich) versucht wurde, einen vereinsinternen "Schiedsspruch" zu erwirken.

Herr Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL führt als Mitglied des Vereines "Freimaurervereinigung des Schottischen Ritus" seit geraumer Zeit Beschwerde über eine angeblich unkorrekte Vereinsadministration. Er verlangte wiederholt vereinspolizeiliche Aufsichtsmaßnahmen wegen vermeintlicher Mißachtung seiner Rechte als Vereinsmitglied.

Im besonderen klagt der Genannte über die Verweigerung eines Anhörungsrechts gegen über dem "Obersten Rat" als Vereinsorgan, über einen bisher vergeblichen Antrag auf Einleitung eines vereinsinternen Schiedsgerichtsverfahrens und über die Nichterfüllung der Informationspflicht betr Vereinstätigkeit und Finanzgebarung durch das Leitungsorgan (§ 13 VereinsG).

Von der zuständigen Fachabteilung meines Ressorts wurde einerseits die zunächst zuständige Vereinsbehörde zu einer gründlichen Prüfung des Sachverhalts angehalten und andererseits der Beschwerdeführer wiederholt über die Rechtslage informiert sowie an die Vereinsbehörde 1. Instanz bzw auf den Rechtsweg verwiesen.

Ungeachtet des überwiegend zivilrechtlichen Charakters der gegenständlichen Streitigkeiten ist die Vereinsbehörde sehr wohl aktiv geworden.

Die Bundespolizeidirektion Wien hat den Verein schon 1995 mit den erhobenen Vorwürfen konfrontiert. In einer seinerzeitigen Stellungnahme des Vereins wurde(n) die Vorwürfe zurückgewiesen bzw auf eine gütliche Bereinigung bestandener Zwistigkeiten hingewiesen.

Nachfolgende Anträge des Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL, die Bundespolizeidirektion Wien, Büro für Vereins-, Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten, münde als Aufsichtsbehörde beim vorne bezeichneten Verein tätig werden und darüber bescheidmäßig absprechen, wurden von dieser Behörde am 5. Jänner 1996 als unzulässig zurückgewiesen. Der Genannte hat gegen diesen Bescheid Berufung erhoben. Die Sicherheitsdirektion für Wien hat der Berufung in zweiter Instanz keine Folge gegeben und den Bescheid der Bundespolizeidirektion Wien bestätigt. Gegen den Bescheid der Sicherheitsdirektion hat Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL ebenfalls Berufung erhoben, diese jedoch nach zwei Tagen wieder zurückgezogen. Der Bescheid der Sicherheitsdirektion für Wien ist daher in Rechtskraft erwachsen.

In offenkundigem Zusammenhang mit der Zurückziehung der Berufung

hat Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL in derselben Angelegenheit die "Tatbestandsmeldung" vom 16. Februar 1996 an die Vereinsbeh"rde gerichtet.

Die Bundespolizeidirektion Wien hat daraufhin den Verein abermals mit den erhobenen Vorw"rfen konfrontiert. Von einem Vertreter des Vereins wurde erkl"rt, da" hinsichtlich der Finanzgebarung des Vereines einerseits eine einfache Buchhaltung gef"hrt werde und andererseits jedes Mitglied eine Abrechnung erhalte. Dar"berhin-aus best"nde f"r jedes Mitglied die M"glichkeit, zus"tzlich Ausk"nfte beim Vorsitzenden oder Kassier einzuholen. Im"brigen sei von Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL selbst kein Schiedsrichter gem"á Punkt 9 der Statuten bestellt worden.

Gr"nde, die gem"á _ 24 VereinsG zu einer beh"rdlichen Aufl"sung des Vereines f"hren k"nnten, hat die Vereinsbeh"rde auch diesmal nicht feststellen k"nnen, soda" seitens der Vereinsbeh"rde vor-erst keine weiteren Ma"nahmen zu ergreifen waren bzw sind.

Beschwerden von anderen Mitgliedern des Vereines sind im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien nicht bekannt geworden.

Zu Frage 6 :

Aufgrund der in den parlamentarischen Anfragen Nr 1204/J und Nr 1209/J ge"u"erten Behauptungen und Vermutungen bzw aufgrund ent-sprechender Schreiben des Dipl.-Vw. Mag. DDr. TULL vom September 1996 sind die hief"r zust"ndigen Sicherheitsbeh"rden damit be-fa"t. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen w"rden unter anderem seitens der Vereinsbeh"rde - wie bei jedem anderen Verein auch - selbstverst"ndlich die jeweils gebotenen vereinspolizeili-chen Ma"nahmen bis hin zur beh"rdlichen Aufl"sung des Vereines getroffen werden.

Zu Frage 7 :

Ich verweise auf meine Antworten zu den Fragen 3 bis 6 und meine, da" von einer auff"lligen Unt"tigkeit der Beh"rde keine Rede sein kann.

Beilage wurde nicht gescannt !!!